

## SÄA5 Unvereinbarkeit mit SOL

Antragsteller:innen: Şirin Seitz (LV NRW), Stefan Söhngen (LV NRW)

### ***Der Bundeskongress möge beschließen:***

Die Bundessatzung in §4 Mitgliedschaft, wie folgt zu ergänzen:

*"(7) Eine Mitgliedschaft in der linksjugend ['solid] ist mit einer Mitgliedschaft in der Sozialistischen Organisation Solidarität (SOL) und ihren Nachfolgerorganisationen nicht vereinbar."*

### Begründung:

Die Sozialistische Organisation Solidarität (SOL) ist eine von der linksjugend ['solid] und der Partei DIE LINKE unabhängige, trotzkistische Organisation, die die deutsche Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale (engl. CWI -- Committee for a Workers' International) bildet<sup>1</sup>. Sie zeichnet sich durch ihre satzungswidrige und antipluralistische Haltung aus, die nicht mit den Grundsätzen unseres Jugendverbandes vereinbar ist.

Wir werfen der SOL vor, eine Mitarbeit von Andersdenkenden im Landesverband aktiv zu verhindern, indem sie:

- Sympathisant\*innen bei der Vergabe des Stimmrechts einer Gesinnungsprüfung unterzieht
- Rechtswidrig versucht demokratisch gewählte Delegierte abzuwählen
- Landesarbeitskreise politisch blockieren
- Systematisch versucht die Positionen des CWI innerhalb der linksjugend ['solid] durchzudrücken.

Diese antipluralistische Grundhaltung wirkt abschreckend auf junge potenzielle Aktive und schadet damit dem Aufbau und der Entwicklung des Verbandes.

### **Wie die SOL die Satzung der linksjugend ['solid] systematisch untergräbt**

Eine bestehende Forderung der SOL und des CWI ist die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit der Funktions- und Mandatsträger\*innen<sup>2</sup>. Diese Forderung wurde auch als ein Änderungsantrag der Wahlordnung in der Landesvollversammlung der linksjugend ['solid] NRW

---

<sup>1</sup> <https://solidaritaet.info/international>, letzter Zugriff am 29.11.2020.

<sup>2</sup> vgl. <https://solidaritaet.info/ueber-uns/>, letzter Zugriff am 29.11.2020.

am 08.11.2020 eingebracht und beschlossen<sup>3</sup>. Der sah vor, eine jederzeitige Abwahlmöglichkeit mit einfacher Mehrheit für alle Ämter auf Landesebene, sowie für die NRW-Delegation zum Bundeskongress. Der Antrag war satzungswidrig, da er einerseits nicht mit dem Vereinsrecht vereinbar war, andererseits nicht mit der Satzung der linksjugend ['solid] NRW und der Bundessatzung der linksjugend ['solid] vereinbar war<sup>4</sup>. In der Begründung des Antrages stand folgendes:

*Bei der letzten LVV haben wir den Fall gesehen, dass Mitglieder mit Ansichten, die nicht den Verband in NRW repräsentieren, durch starke Mobilisierung eine knappe Mehrheit hatten (während die eigentliche Verbandsmehrheit schwach vertreten war, weil viele Genoss\*innen zeitgleich gegen reaktionäre Kräfte auf der Strasse [sic!] waren). Sie wurde genutzt, um eine Liste zum Bundeskongress und weiteren Delegationen durchzudrücken, die politisch nicht für den Verband in NRW mit seiner klassenkämpferischen und antiimperialistischen Tradition steht<sup>5</sup>.*

Ziel dieses Antrages war -- und das wird in der Begründung deutlich -- die Abwahl einer nicht-SOL-dominierten Bundeskongressdelegation. Sogar der Nebensatz „Mitglieder mit Ansichten, die nicht den Verband in NRW präsentieren“ ist an sich antipluralistisch, da die LVV satzungsgemäß aus stimmberechtigten Mitgliedern des Landesverbandes besteht und das höchste Gremium des Landesverbandes ist. Das zeigt den undemokratischen Charakter der SOL.

Das Hinwegsetzen über die Bundessatzung der linksjugend ['solid] mit dem Ziel die eigenen politischen Vorstellungen durchzudrücken zeigt, warum es einen Ausschluss der SOL dringender als je braucht. Auch die Landesschiedskommission erklärte den Beschluss für ungültig. Zudem ist die Tatsache, dass die SOL diese Forderung aus ihrem Programmsatzungswidrig zur Position der linksjugend ['solid] NRW machen wollte, ist ein Beweis für den Antipluralismus der SOL.

Mitgliedern abzusprechen den Verband zu repräsentieren hat in der SOL Tradition, so sagt der Bundesprecher der SOL in einem Artikel:

*„Erste Schlussfolgerung aus dem Gesagten ist aber, dass es nicht möglich sein wird, die Politik einer Partei wie der LINKEN durch strukturelle Regeln zu entscheiden. Nötig ist der offene Kampf für ein sozialistisches Programm. Und das nicht nur auf Parteitag in den Kämpfen um Resolutionstexte, sondern in der Auseinandersetzung mit der gesamten Mitgliedschaft um die politische Theorie und Praxis. Nur eine politisch geschulte und selbstbewusste Mitgliedschaft wird die Leitungsgremien einer Partei kontrollieren und den Kurs selbst bestimmen“<sup>6</sup>.*

---

<sup>3</sup> vgl. Protokoll der Landesvollversammlung der Linksjugend NRW vom 08.11.2020 und LVV Heft 1 zur Landesvollversammlung am 08.11.2020, S.8

<sup>4</sup> vgl. §58 BGB, vgl. §10 Abs. 5 Landessatzung linksjugend NRW und §8 Abs 4 Bundessatzung der linksjugend

<sup>5</sup> LVV Heft zur Landesvollversammlung der linksjugend NRW am 08.11.2020, S. 8

<sup>6</sup> <https://solidaritaet.info/2020/09/pro-und-contra-mandatszeitbegrenzung-in-der-linken/>, letzter Zugriff am 29.11.2020, Unterstreichungen nachträglich hinzugefügt.

Hier wird verdeutlicht, dass das Ziel der Organisation ist, die eigene Auffassung des Sozialismus der Partei aufzuzwingen und damit die Kontrolle über Leitungsgremien zu erlangen. Statt ihre Ideen demokratisch in die Partei einzubringen, strebt die SOL danach die Partei zu kontrollieren, wie der Bundessprecher der SOL erklärt, geht es nicht um Auseinandersetzungen im demokratischen Rahmen, wie zum Beispiel auf Parteitag, sondern um eine offene Auseinandersetzung mit der gesamten Mitgliedschaft, mit dem Ziel die Leitungsgremien der Partei zu kontrollieren. Pluralismus sieht anders aus.

Weiterhin wird gesagt:

*„Dieser Kampf muss für alle wirklichen Sozialist\*innen in der LINKEN oberste Priorität haben.“<sup>7</sup>*

Die Priorität ist also, mit der gesamten Mitgliedschaft, um das eigene politische Programm zu kämpfen – nicht gegen den Kapitalismus, soziale Ungleichheiten, Klimawandel oder Ähnliches. Stattdessen wird Mitgliedern abgesprochen „wirkliche Sozialist\*innen“ zu sein.

Darüber hinaus versucht der SOL dominierte LSp\*R erneut -- mit einem inhaltlichen gleichen Antrag – die bestehende Delegation des Landesverbandes NRW auf einer Vollversammlung am 09.01.2021 abzuwählen.<sup>8</sup> Obwohl völlig klar ist, dass es rechtlich nicht möglich ist, da Regelungen zu Delegationen zum Bundeskongress in der Bundessatzung geregelt sind und die SOL schon einmal vor der LSK verloren hat, versucht sie erneut, eine Delegation mit einer anderen politischen Meinung durch Abwahanträge einzuschüchtern, zu entmutigen und abzuwählen.

## **Der Umgang mit Sympathisant\*innenstimmrecht und LAKs verfestigt den Vorwurf des Antipluralismus**

Ein weiteres Beispiel für den Antipluralismus der SOL ist der Umgang mit dem LAK Kreuzfelder Forum, der seinerzeit der einzige Landesarbeitskreis in NRW war. Dem LAK wurde das Recht auf Öffentlichkeitsarbeit nicht gewährt.<sup>9</sup> Darüber hinaus gab es auch keine Möglichkeit, wie satzungsmäßig vorgesehen, verbandsöffentlich einzuladen. Die satzungsmäßige Pflicht der verbandsöffentlichen Einladung wurde von dem SOL dominierten LSp\*R nicht gewährt. Vor dem Hintergrund, dass der LAK am 27.10.2020 gegründet wurde, sich in seinem Gründungsdokument nicht politisch positioniert und Basisgruppenvernetzung als sein Ziel angibt, wird deutlich, dass die SOL aktiv Pluralismus und politische Arbeit blockiert.

---

<sup>7</sup> ebd., letzter Zugriff am 29.11.2020

<sup>8</sup> vgl. LVV Heft 1 zur Landesvollversammlung der linksjugend NRW am 09.01.2021, S.4

<sup>9</sup> vgl. Protokoll der Landesvollversammlung der Linksjugend NRW vom 08.11.2020

Dieser Antipluralismus zieht sich durch die politische Arbeit der SOL. So wurden in der LVV am 25.10.2020 das Sympathisant\*innenstimmrecht einigen Genoss\*innen nicht gewährt, die inhaltlich keine SOL Positionen vertreten, während Sympathisant\*innen mit SOL Positionen das Stimmrecht erhalten haben. In der LVV am 08.11.2020 hingegen wurde das Sympathisant\*innenstimmrecht kollektiv vergeben, da es eine große Mehrheit zugunsten der SOL gab, sodass der oben genannte satzungswidrige Antrag beschlossen werden konnte.

Dadurch zeigt sich, dass ein von der SOL dominierter Verband für junge Leute abschreckend ist, die keinen "demokratischen Zentralismus" und keine Gesinnungsprüfung, wegen ihrer hinreichend revolutionären Einstellung, wollen. So kommt der Verband in einen Teufelskreis, weil die einmal eingestiftete SOL-Dominanz alle diejenigen abschreckt, die diese Dominanz aufbrechen könnten. Ein Aufbruch der Dominanz der SOL beinhaltet nicht den Ausschluss von revolutionären Genoss\*innen, sondern die Möglichkeit andere Meinungen zuzulassen.

## **Die SOL ist abhängig von der linksjugend['solid]**

Die SOL besitzt zudem einen Verlag, auf dem auf ihre Webseite verwiesen wird<sup>10</sup>. Damit hat die SOL letztendlich ein finanzielles Interesse am Verkauf von Büchern und Zeitungen. Auf Veranstaltungen der linksjugend ['solid] NRW ist es Standard, dass Bücher und Zeitungen des Manifest Verlages zum Verkauf angeboten werden. Daran erkennt man, dass es unterschiedliche Interessen zwischen einem SOL-Funktionär und dem durchschnittlichen linksjugend ['solid] Mitglied gibt. Letztendlich muss man sich die Frage stellen, wenn hauptamtliche SOL-Funktionäre in linksjugend ['solid] Ämter gewählt werden wie in NRW, ob sie im finanziellen Interesse der SOL oder im Interesse der linksjugend ['solid] handeln.

## **Fazit**

Die in diesem Antrag gezeigten Beispiele, wie die SOL systematisch versucht Positionen des CWI durchzusetzen, legen nahe, dass die SOL letztendlich weiterhin nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus funktioniert und damit die Verfehlungen der SOL in NRW nicht nur in Kenntnis des SOL Bundesvorstandes durchgeführt worden sind, sondern auch dieser maßgeblich dazu beigetragen hat.

Letztendlich kann man sagen, dass die SOL das Zweck-Mittel-Verhältnis von Organisation und politischem Ziel umkehrt. Während Parteien -- auch DIE LINKE -- "Mittel zum Zweck" sein sollen, wobei der Zweck die Erreichung politischer Ziele sind, nutzt die SOL politische Themen als Mittel, um ihre Organisation zu vergrößern. Der Zweck ist das Überleben der SOL-Organisation. Es gibt gar keine ernsthafte programmatische Arbeit oder Bündnisarbeit zur Erreichung linker Ziele, sondern politische Anliegen dienen nur als Gelegenheit zur Rekrutierung

---

<sup>10</sup> vgl. <https://manifest-buecher.de/>, letzter Zugriff am 29.11.2020.

weiterer Mitglieder, die Beiträge zahlen und damit den Funktionärs- und Indokrinationsapparat der Organisation aufrecht zu erhalten.